

Dies gilt gerade in einer Situation, in der vielen die vermeintliche Sicherheit staatlicher Fürsorge wichtiger scheint, als der damit einhergehende Verlust von Freiheit und Chancen. Eine Kultur der Selbständigkeit und Eigenverantwortung braucht Leitbilder, und die findet sie auch hierzulande: im Mittelstand. Denn der Mittelstand umfasst nicht nur Leistungsträger in Industrie, Handwerk, Handel, freien Berufen und Verwaltung, sondern alle Bürger, die ihr Leben aufgrund eigener Leistung in eigener Verantwortung gestalten.

Diesen ethischen Wert des Mittelstands müssen wir uns heute neu vergegenwärtigen. Denn der Mittelstand ist nicht nur das volkswirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft. Er ist zugleich Kern einer aktiven Bürgergesellschaft, Werte-Träger in der Generationsfolge und Garant für den Fortbestand eines freiheitlichen Gemeinwesens. Es ist weder Freiheit ohne Mittelstand, noch Mittelstand ohne Freiheit möglich. Freiheit, Selbstverantwortung und Mittelstand gehören zusammen.

Die Leitmaxime für die Neuausrichtung wichtiger Politikbereiche muss daher die Stärkung des Mittelstandes sein. Der Mittelstand braucht keine Schutz-zäune, Sonderrechte oder gar Subventionen, sondern ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die seine Leistungsfähigkeit und -bereitschaft stärken. Dazu gehören vor allem die Sicherung eines freien und fairen Leistungswettbewerbs durch ein konsistentes Wettbewerbs- und Kartellrecht, Rechtsformen- und Größenneutralität in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, die Offenheit der Märkte, die Vermeidung von staatlichem Behinderungswettbewerb beispielsweise durch zunehmende wirtschaftliche Betätigung von Kommunen, die Sicherung des Privateigentums mit maßvollen Steuer- und Abgabenlasten statt enteignungsgleichen Staatsquoten von mehr als 50 Prozent, Vertragsfreiheit als konstituierendes Element einer Wettbewerbsordnung und die Konstanz in der Wirtschaftspolitik statt eines investitionsfeindlichen

Lebensprinzip Selbstverantwortung

ständigen Hin und Her's. Der voll haftende Eigentümer-Unternehmer, nicht der Manager, der nach zweifelhaftem Geschäftserfolg oder Kapitalvernichtung an der Börse mit astronomischen Abfindungen belohnt wird, ist prägend für die gesamte mittelständische Unternehmenswelt. Wir müssen uns endlich wieder ins Bewusstsein heben, dass diese persönliche Haftung als unverzichtbares Korrektiv sowohl in der Welt der global agierenden Konzerne als auch in der Politik zu Geltung kommen muss.

Denn nur so kann nachhaltig Freiheit gesichert und Machtmissbrauch wirksam verhindert werden. Kurzum, wir sollten uns wieder auf Ludwig Erhard besinnen, der uns vor vielen Jahren ins Stammbuch geschrieben hat: „Nichts ist unsozialer als der Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuellen Leistungen sinken lässt.“ Wenn wir uns in Politik und Wirtschaft wieder auf die mittelständischen Tugenden besinnen, ist auch in Deutschland ein zweites Wirtschaftswunder möglich.

Hans-Dieter Lehnen
Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Charitéstraße 5 · 10117 Berlin
Tel.: 0 30. 22 07 98 - 0 · Fax: 0 30. 22 07 98 - 22
eMail: info@mittelstand-deutschland.de
Web: www.mittelstand-deutschland.de

Bildnachweis: Zlatko Kostic, Seite: 4, Lise Gagne, Seite: 3, Jacob Wackerhausen, Seite: 1



Lebensprinzip Selbstverantwortung

Ein Plädoyer für die Rückbesinnung auf
mittelständische Tugenden in Wirtschaft und Politik



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

LEBENSPRINZIP SELBSTVERANTWORTUNG

Ein Plädoyer für die Rückbesinnung auf mittelständische Tugenden in Wirtschaft und Politik

Auf die Frage, was denn „der Mittelstand“ überhaupt sei, erhält man gemeinhin die ein oder andere empirische Definition, die sich auf die volkswirtschaftliche Bedeutung und numerische Abgrenzung kleiner und mittlerer Unternehmen, Freiberufler und Handwerker beschränkt. Danach gelten in der Regel alle Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern und einem Umsatz von weniger als 50 Mio. Euro als mittelständisch. Das viel zitierte und oft bemühte „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft wird charakterisiert und gerühmt durch seine überproportionalen Anteile an volkswirtschaftlichen Aggregaten, wie der Unternehmenszahl (rund 98 Prozent), den Arbeitsplätzen (fast 80 Prozent), der Ausbildungsleistung (etwa 82 Prozent) oder der Bruttowertschöpfung (circa 49 Prozent), hierzulande.

Solche Definitionen mögen Statistiker befriedigen, zum Verständnis des Mittelstandes und zur Vergewärtigung der gesellschaftlichen Bedeutung seiner Leistungsträger helfen sie indes kaum. Auch die Welt der Wirtschaft – das wussten bereits die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft – schöpft aus vorgelagerten moralischen Reserven und normativen Wertvorstellungen, mit denen sie steht und fällt. Markt, Leistungswettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen diese Reserven nicht.

Sie verbrauchen sie und müssen sie von den Bereichen jenseits des Marktes beziehen. Fairness, Ehrlichkeit, Gerechtigkeitssinn, Selbstdisziplin, Leistungsbereitschaft, Maßhalten und Gemeinsinn, aber auch kaufmännische Tugenden, wie Fleiß, Pflichtgefühl und Tüchtigkeit, sind Werthaltungen und Überzeugungen, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie sich auf den Märkten betätigen. Diese gerade im Mittelstand verankerten Prinzipien sind unentbehrliche Stützen freiheitlicher Gesellschaftsordnungen und gewährleisten die soziale Einbettung des wirtschaftlichen



Geschehens. Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich der unserer Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegende Wertekanon gewandelt. In den frühen Jahren waren Leistungsbereitschaft, Aufbruchwille und Selbstverantwortung für nahezu alle Bevölkerungsschichten selbstverständliche Grundwerte, die das Wirtschaftswunder in Verbindung mit einer wiedergewonnenen freiheitlichen Wirtschaftsordnung zuallererst überhaupt ermöglicht haben. Heute stehen diese Werte vielfach unter dem Vorbehalt der Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung. Hier „Leistungssucht“, dort „Leistungsflucht“, so lassen sich die beiden Pole des Wertewandels benennen, die den Weg Deutschlands vom Wirtschaftswunder zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise kennzeichnen. Diese Erosion beschränkt sich keineswegs nur auf die Wirtschaft, sondern trifft auf die Gesellschaft insgesamt zu. Sie ist nicht nur Ursache der Krise, sondern auch Folge falscher Politik.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in breiten Bevölkerungsschichten ein von Eigenleistung und Selbstverantwortung nahezu völlig abgekoppeltes und auf den Staat konzentriertes Anspruchsdenken ausgebildet. Die Politik hat über Jahrzehnte hinweg den Eindruck eines grenzenlosen und unbeschränkt finanzierbaren Wohlfahrtsstaates vermittelt. Die Folge sind das Beharren auf Besitzstandswahrung und Umverteilung sowie ein Gesellschaftsmodell, in dem in weiten Teilen paternalistische Fürsorge und staatliche Bevormundung die Bereitschaft zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung untergraben, lähmen und bestrafen. Dieser umverteilende Fürsorge- und Bevormundungsstaat stößt in Zeiten der Internationalisierung und der erweiterten

europäischen Integration an seine Grenzen. Die Globalisierung der Märkte ist mehr als nur der verschärfte Standortwettbewerb um konkurrenzfähige Produkte und wettbewerbsfähige Lohnstückkosten. Er ist auch der Wettstreit um gesellschaftliche Dynamik. Mit der Erweiterung der Europäischen Union treten Gesellschaften in den Kreis der europäischen Familie ein, die aus der Defizienzerfahrung sozialistischer Planungswirtschaft und politischer Unfreiheit heraus Eigeninitiative und Selbstverantwortung, Risikobereitschaft und den Blick nach vorn in das „alte Europa“ bringen. Es ist höchste Zeit, dass auch wir uns wieder auf diese Kultur der Selbständigkeit und mittelständische Tugenden besinnen.

Selbständigkeit ist mehr als ein unternehmerisches Prinzip. Es bedeutet Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume des Einzelnen und ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und insofern eine Voraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft insgesamt. Diese Freiheit ist heute durch ein Übermaß staatlicher Eingriffe bedroht. Subsidiarität wird in Sonntagsreden proklamiert und von Montag bis Samstag durch immer neue Reglementierungen konterkariert. Die Diskussion um die geplante Ausbildungsplatzabgabe ist nur eines von vielen Beispielen, statt Selbstbestimmung und Selbsthilfe überwiegend staatliche Bevormundung und Rundum-Betreuung. Eine neue Kultur der Selbstverantwortung und des bürgerlichen Engagements lässt sich allerdings weder durch den Staat verordnen noch durch den Markt automatisch herbeiführen. Sie muss gelebt und vorgelebt werden.

